FG: Betriebsfunktionale Zielsetzung ist nicht eindeutig

► Lohnsteuer

Entgelt für Werbung auf privatem Fahrzeug ist Arbeitslohn

| Ein Entgelt, das der Arbeitgeber an seine Mitarbeiter für die Anbringung eines mit Werbung versehenen Kennzeichenhalters zahlt, unterliegt der Lohnsteuer. Dies hat das FG Münster entschieden. |

Im konkreten Fall hatte ein Unternehmen mit einer Vielzahl von Mitarbeitern Mietverträge über Werbeflächen an deren privaten Fahrzeugen geschlossen. Darin verpflichteten sich die Mitarbeiter zur Anbringung von Kennzeichenhaltern mit der Firmenwerbung der Arbeitgeberin gegen ein Entgelt in Höhe von 255 Euro im Jahr. Das FG ist der Ansicht, dass die Zahlungen Arbeitslohn darstellten. Bei Würdigung der Gesamtumstände sei das auslösende Moment für die Zahlungen die Stellung der Vertragspartner als Arbeitnehmer und damit im weitesten Sinne deren Arbeitstätigkeit gewesen (FG Münster, Urteil vom 03.12.2019, Az. 1 K 3320/18 L, Abruf-Nr. 213900, Revision beim BFH: Az. VI R 20/20).

► Arbeitgeberleistungen

Lohnsteuerliche Details bei Überlassung einer BahnCard

| Für die Frage, wie die Überlassung einer BahnCard 100 und der BahnCard 50 durch den Arbeitgeber lohnsteuerlich zu beurteilen ist, wenn diese zur dienstlichen sowie auch zur privaten Nutzung an den Arbeitnehmer weitergegeben wird, sind zwei Fallgestaltungen zu unterscheiden. Diese hat die OFD Frankfurt a. M. konkretisiert. |

- **Vollamortisation:** Würden nach der Prognose zum Zeitpunkt der Hingabe der BahnCard die ersparten Kosten für Einzelfahrscheine, die im Rahmen der Auswärtstätigkeit (z. B. nach Reiserichtlinie) ohne Nutzung der BahnCard während deren Gültigkeitsdauer anfallen, die Kosten der BahnCard erreichen oder übersteigen (prognostizierte Vollamortisation), stellt die Überlassung der BahnCard keinen Arbeitslohn dar.
- **Teilamortisation:** Erreichen die durch die Nutzung der überlassenen BahnCard ersparten Fahrtkosten – nach der Prognose zum Zeitpunkt der Hingabe der BahnCard – deren Kosten nicht vollständig (Teilamortisation), liegt die Überlassung der BahnCard nicht im überwiegenden eigenbetrieblichen Interesse des Arbeitgebers. Die Überlassung der BahnCard stellt in diesem Fall zunächst in voller Höhe steuerpflichtigen Arbeitslohn dar. Die während der Gültigkeitsdauer der BahnCard durch deren Nutzung für dienstliche Fahrten ersparten Fahrtkosten können dann ggf. monatsweise oder auch am Ende des Gültigkeitszeitraums als Korrekturbetrag den steuerpflichtigen Arbeitslohn mindern. Für die Höhe des Korrekturbetrags können – anstelle einer quotalen Aufteilung (Nutzung zu dienstlichen Zwecken im Verhältnis zur Gesamtnutzung) – auch die ersparten Reisekosten für Einzelfahrscheine zugrunde gelegt werden, die im Rahmen der Auswärtstätigkeit ohne Nutzung der BahnCard während deren Gültigkeitsdauer angefallen wären; begrenzt auf die Höhe der tatsächlichen Kosten der BahnCard (OFD Frankfurt a. M., Rundverfügung vom 09.12.2019, Az. S 2334A – 80 – St212).

Vollamortisation – ja oder nein